

Gesundheitssystem gerettet auf Kosten der Patienten

Operation gelungen, Patient tot!



Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde eine ungeheure Panikmache betrieben. Die Bundesregierung erweckte den Eindruck, dass Hunderttausende Menschen in Deutschland sterben könnten. Die Bundeskanzlerin begründete die bislang undenkbarsten Eingriffe in unser gesellschaftliches Leben am 15. April damit, dass unser Gesundheitssystem sonst zusammenbrechen könnte. Tatsächlich bestand diese Gefahr jedoch nicht. In Bayern gibt es aktuell 4.566 Intensivbetten, von denen deutlich weniger als 3.000 belegt sind. Nur wenige hundert werden von Corona-Patienten benötigt, sodass genug freie Plätze vorhanden sind. An manchen Krankenhäusern hat man sogar Kurzarbeit eingeführt, weil die regulären Operationen wegen der Pandemie verschoben wurden. Oft trauen sich Patienten selbst bei ernsthaften Beschwerden nicht in die Klinik, weil sie befürchten, sich dort mit Corona anzustecken, oder weil sie den Ärzten nicht zur Last fallen wollen. Auch dadurch kann es zu Todesfällen kommen!

Anstatt allen Menschen in Deutschland extreme Einschränkungen aufzu-

erlegen und unsere Wirtschaft vor die Wand zu fahren, wäre es sinnvoller, die Herdenimmunität regelmäßig zu prüfen. Dadurch hätten wir eine Übersicht, wer durch sein Immunsystem bereits geschützt ist. Kontaktverbote sind dann für weite Teile der Bevölkerung hin-

Außerdem ist es nötig, Risikogruppen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens verstärkt zu untersuchen. **Nach wie vor herrscht Unklarheit darüber, wie viele Menschen besonders gefährdet sind.** Ständig andere Berechnungen verunsichern die Bevölkerung.

Auch die Pflicht zum Tragen von Mund- und Nasenschutz würde durch ein gesichertes Wissen über die Verbreitung des Virus hinfällig. Die Maskenpflicht ist ohnehin umstritten, da nur medizinische Masken vor einer Infektion des Trägers schützen. Andere Hilfsmittel können dazu führen, dass sich der Träger in einem falschen Sicherheitsgefühl wiegt. Und völlig absurd ist es, wenn an bayerischen Krankenhäusern Frauen bei der Entbindung Masken tragen sollen!

Corona offenbart Familie als höchstes soziales Gut

Ohne Familien keine Gesellschaft

Für die meisten Familien bedeutet das Corona-Regime enorme Belastungen: durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, Ausgangs- oder Kontaktbeschränkungen, Spielplatzverbot, fehlende Kinderbetreuung und Homeschooling. Und die Großeltern stehen als Betreuungspersonen nicht zur Verfügung.

Zu den Leidtragenden der Krise zählen besonders die Kinder. Da neueste wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass sie sich kaum mit Covid-19 infizieren und nur äußerst selten andere Menschen anstecken, sind Kontaktsperren nicht gerechtfertigt. Bayern darf bei der Wiedereröffnung seiner Schulen nicht länger hinter den anderen Bundesländern hinterherhinken!

Der Unterrichtsausfall an unseren Schulen stellt eine große Ungerechtigkeit dar. Die Sicherstellung der hygienisch gebotenen Vorgaben muss auch in Bayern möglich sein. Ohne den Schülern auf den Pausenhöfen enge markierte Aufenthaltsbereiche zuzuweisen!

Unerträglich sind die Isolationsmaßnahmen für zahlreiche ältere Mitbürger. Viele leiden darunter, ihre Liebsten kaum noch sehen zu dürfen. Zur sozialen Isolation kommt das Gefühl hinzu, entmündigt worden zu sein, denn die Senioren wurden nicht gefragt, ob sie Besuchsverbote überhaupt wünschen. Wieder einmal entscheidet der Staat über die Köpfe der Menschen hinweg.

Andererseits kommt es durch die totalitären Maßnahmen der Bundesregierung zu einer Gegenbewegung, die täglich stärker wird. **Immer mehr Bürger akzeptieren die Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit nicht. Sie gehen auf die Straße und treten mutig für ihre Grundrechte ein.** Und immer mehr Menschen merken, was ihnen die Familie eigentlich bedeutet. Sorgen wir dafür, dass die Familie gestärkt aus der Krise hervorgeht. Treten wir für eine Gesellschaft ein, in der Kinder kein Armutsrisiko sind.



Seehofer-Mitarbeiter warnt: „Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen!“



CORONA HYSTERIE STOPPEN!

DAS IST DIE AFD-POSITION ZU CORONA!

Seehofer-Mitarbeiter kritisiert Pandemie-Maßnahmen und wird entlassen

Globaler Fehllalarm?

Eigentlich leben wir in einer Demokratie und nicht in einem diktatorischen Obrigkeitsstaat. Insofern sollte man es begrüßen, wenn Beamte verantwortungsbewusste, geistig unabhängige Bürger und keine bloßen Befehlsempfänger sind. Leider sieht man das im Bundesinnenministerium etwas anders, denn dort war man über den Bericht eines Mitarbeiters, der die Corona-Strategie der Bundesregierung – nachdem er zahlreiche Fachleute konsultiert hatte – scharf kritisierte, gar nicht erfreut.

Die Maßnahmen zeitnah abbrechen, wenn neue Erkenntnisse dies nahelegen.

Wieder einmal hat die Bundesregierung also einen falschen Weg eingeschlagen und als „alternativlos“ propagiert. Ein Umdenken ist nicht vorgesehen – sehenden Auges rasen wir dem Abgrund entgegen. „Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen“, stellt Kohn bündig fest.

Die Argumente des Verfassers, Stephan Kohn, der SPD-Mitglied ist und seine Partei auch in der Asylpolitik – ohne Erfolg – auf einen vernünftigen Kurs bringen wollte, haben es freilich in sich: **Die Gefährlichkeit von Covid-19 sei maßlos überschätzt worden.** Innerhalb eines Vierteljahres habe es „weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Millionen Toten während der Influenzawelle 2017/18 gegeben“. Die Gefahr sei „offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren“. Man habe es mit einem „globalen Fehllalarm“ zu tun. Dieser sei deshalb so lange unentdeckt geblieben, weil die „geltenden Rahmenvorgaben zum Handeln des Krisenstabs“ keinerlei Möglichkeit vorsähen,

Die Regierung bemühte sich um Schadensbegrenzung. Das Innenministerium echauffierte sich darüber, dass der Beamte seine „Privatmeinung“ unter Verwendung des amtlichen Briefkopfes verwendet hätte, und suspendierte ihn vom Dienst. Der mutige Mann erhielt sogar Hausverbot. Dennoch lässt sich die Wahrheit nicht mehr unterdrücken. **Die Bundesregierung hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.** Die einzig richtige Konsequenz wäre ihr Rücktritt. Stattdessen weigert sie sich, ihre Fehler zuzugeben, und setzt ihre Kamikaze-Politik unbeirrt fort. Das Ergebnis ist ein Staatsversagen, das uns Hunderte Milliarden Euro, zahllose Arbeitsplätze und nicht wenige Menschenleben kostet.

„Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren.“



Rundfunkgebühren hoch, Meinungsvielfalt runter! CSU-Hoferbericht-erstattung in den Öffentlich-Rechtlichen

Ende Januar schwappte die Corona-Epidemie über das Fernsehen ins deutsche Wohnzimmer. Alles Panikmache – ein „Virus-Hype“, meinte das heutejournal am 30. Januar. Und natürlich würde er von Rechtspopulisten geschürt. Einen Tag später machte sich die heute-show über die Epidemie lustig. Noch am 10. März warnte die ZDF-Sendung Frontal 21 vor Hysterie.

Kaum aber hatte die Kanzlerin den Lockdown angekündigt, hängten die Medienschaffenden ihr Mäntelchen nach dem Wind. Wer die Regierungspolitik kritisiert, gilt im Belehrungsfernsehen seitdem als „Verschwörungstheoretiker“ oder „Rechtspopulist“. Dasselbe Muster wie zum Beispiel in Euro- und Flüchtlingskrise! Laut dem Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Christian Nitsche, ist die Verantwortung des Staatsfunks „fast genauso wichtig wie Krankenhäuser“.

Bei so viel Systemrelevanz und Denkbetreuung soll der Medienkonsument gefälligst dankbar sein – und mehr bezahlen: Ab Januar 2021 wird die monatliche Rundfunkzwangsgebühr von 17,50 Euro voraussichtlich auf 18,36 Euro pro Haushalt steigen. **Die AfD lehnt diese Erhöhung der Zwangsgebühren und die damit verbundene Hoferberichterstattung ab!**

Söder: Für eine Impfpflicht wäre ich sehr offen!

AFD-Fraktion klagt gegen die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (Corona-Verordnungen der Staatsregierung)

Söder: Maskenpflicht bleibt, bis es Impfstoff oder Medikamente gegen Corona gibt.

Das Infomagazin der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag

Bestellen Sie unser neues Magazin kostenfrei!

Bestellung über unsere Webseite oder per Mail an: info@afd-landtag.bayern



Unser Magazin erhalten Sie natürlich auch in den regionalen Abgeordnetenbüros!
Adressen auf unserer Webseite!

www.afd-landtag.bayern

Folgen Sie uns auch bei:



Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Vorsitzende Katrin Ebner-Steiner / Prof. Dr. Ingo Hahn
Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.
Impressum / Herausgeber: AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Maximilianum
81627 München
Telefon: 089 - 4126 2960
presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Söders Lockdown beschert Wirtschaft Knockdown

Söder stürzt die Wirtschaft in den Abgrund

Am 6. Mai dieses Jahres kommentierte ARD-Chefredakteur Rainald Becker in der Tagesschau die Bürgerproteste gegen die Corona-Maßnahmen mit folgenden Worten: „**All diesen Spinnern und Corona-Kritikern sei gesagt, es wird keine Normalität mehr geben wie vorher.**“ Zwei Wochen früher, am 22. April, wandte sich Bundespräsident Steinmeier ebenfalls mit einer Videobotschaft an die Bevölkerung. Er sagte über die Folgen der Corona-Krise: „Wahr ist, die Zeit wird nicht spurlos an uns vorbeigehen. Wir werden einiges von dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand preisgeben.“ Die höchsten Repräsentanten von Politik und Medien erklären also jeden zum Spinner, der nicht akzeptieren will, dass unser bisheriges Leben und unser Wohlstand Vergangenheit sind.

Doch als das Corona-Virus auch in Deutschland angekommen war, machten die Zahlen schnell deutlich: So schlimm, wie zunächst befürchtet, wird es bei uns nicht. So zeigten die Statistiken des Robert-Koch-Instituts bereits Mitte März, dass die Ausbreitung des Virus rückläufig ist – ganz ohne Lockdown, Abstandsregelungen oder Maskenpflicht. Das konnte unsere Regierung jedoch nicht davon abhalten, das öffentliche Leben und die Wirtschaft herunterzufahren. **Der Lockdown brachte unsere Volkswirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs** – mit bis heute völlig ungewissen Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung unseres Landes.

Anstatt die Maßnahmen an die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu

Ausbreitung und Gefährlichkeit des Virus anzupassen, verhinderten Bundes- und Staatsregierung jede Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens. Währenddessen näherten sich immer mehr Betriebe der Zahlungsunfähigkeit, und immer höher stiegen die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen. **Die AfD hatte deswegen bereits Anfang April gefordert, die Wirtschaft unter Einhaltung der Hygieneregeln wieder hochzufahren.** Denn wir wollten den wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Schaden für unser Land begrenzen. Auch wollten wir verhindern, dass es zu größerer Arbeitslosigkeit kommt.

Mittlerweile haben die Regierenden endlich Lockerungen zugestanden. Doch statt der Wirtschaft freien Lauf zu lassen, verlangten Spitzenpolitiker der Altparteien nun, dass man die Krise für die Transformation der Wirtschaft hin zur „Klimaneutralität“ nutzen müsse.

Ministerpräsident Söder forderte in diesem Zusammenhang bereits 10.000 Euro Kaufprämie für „umweltfreundliche“ Neuwagen. Dass die meisten Deutschen derzeit andere Sorgen haben, als sich ein neues Elektroauto zu kaufen, scheint Herr Söder völlig zu vergessen. Zudem wäre eine solche Begünstigung auch ungerecht gegenüber dem bayerischen Mittelstand. Die Zulieferbetriebe, die bereits vor Corona in ersten Schwierigkeiten waren, dürften von einer solchen Prämie kaum profitieren. Denn „Öko-Autos“ weisen weniger Zulieferteile auf. Statt staatlichem

Dirigismus braucht unsere Wirtschaft jetzt Entlastung und Freiheit!

Leider besteht auch auf EU-Ebene der Plan, den „Green Deal“ zügig umzusetzen. Bei derartigen Ankündigungen bekommen Steinmeiers Worte zum Wohlstandsverlust eine neue Bedeutung: **Der Wohlstand ist zwar noch da, wird sich mit der „grünen Transformation“ aber in Luft auflösen.**

Die drohende Katastrophe wird sich nicht mehr vollständig abwenden lassen. Um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen, sollte Deutschland nun die Bereiche stützen, bei denen wir im internationalen Umfeld noch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweisen. Dazu zählen Maschinen- und Fahrzeugbau ebenso wie Chemie- und Lebensmittelindustrie. Im produzierenden Gewerbe sind wir führend – doch dieser Sektor darf auf keinen Fall durch regulatorische Barrieren ausgebremst werden.

Deutschland konnte in den letzten 150 Jahren einen beispiellosen Wohlstand aufbauen. Doch mit dieser Bundesregierung und dieser EU droht er in wenigen Jahren zu zerfallen. Für uns ist der Wohlstand unserer Gesellschaft nicht verhandelbar. Und wir werden uns nach Kräften dafür einsetzen, dass wir zur alten Normalität zurückkehren – auch, wenn die Tagesschau uns für diesen Wunsch als „Spinner“ diffamiert.



Das Konzept der AfD zur Lösung der Krise ist jedenfalls klar. Wir fordern:

- Sofortiges Wiederhochfahren der gesamten Wirtschaft.
- Keine sinnlosen Beschränkungen, etwa der Öffnungszeiten, in der Gastronomie.
- Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf 7 % für Gaststätten und Hotels auf Dauer.
- Unterstützung der Unternehmen mit unbürokratischen Soforthilfen und Krediten.
- Unbürokratische und zügige Erstattung des Kurzarbeitergeldes an die Unternehmen.
- Absenkung der kommunalen Gewerbesteuer-Hebesätze um mindestens 40 % für den Zeitraum der Krise und weitere sechs Monate danach.
- Monatliche Sonderzahlungen an Unternehmen in Abhängigkeit von Umsatzeinbruch und Mitarbeiterzahl.
- Soforthilfe für Soloselbstständige.

- Erstattung der Steuervorauszahlung.
- Verlustrücktrag/Verrechnung der Verluste in 2020 mit Gewinnen aus 2019 und 2018.
- Sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
- Förderung des Tourismus in Bayern.
- Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommenssteuer sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer.
- Keine weitere Einschränkung von Grundrechten wie der Reisefreiheit.
- Verzicht auf jede Form von digitaler Kontrolle der Bevölkerung. Wir werden nicht zulassen, dass sich unser Land unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung in einen Überwachungsstaat verwandelt!
- Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Krise und der Corona-Politik der Staatsregierung sowie zur Vorbereitung des Freistaates auf künftige Pandemien und sonstige Katastrophen.

SÖDERS STAATSVERSAGEN IM ÜBERBLICK

CSU + FREIE WÄHLER	THEMA	AFD-POSITION
Absage wegen Corona-Pandemie (02.03.) Entgangene Einnahmen für Hotellerie und Gastronomie in Millionenhöhe	INTERNATIONALE HANDWERKSMESSE	Hätte unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen stattfinden sollen Wichtige Messe für bayerische Wirtschaft
Derzeitige Maßnahmen für teilweise Öffnung praxisfremd und nicht durchführbar Vollständige Öffnung nur mit Impfstoff möglich	ÖFFNUNG DER GASTRONOMIE	Vollständige Öffnung mit praktikablem Schutzkonzept Regelmäßige Überprüfung der Schutzmaßnahmen auf Notwendigkeit
1 Mrd. Euro wirtschaftlicher Schaden für bayerische Wirtschaft durch ersatzlose, vollständige Absage	OKTOBERFEST VOLKSFESTE	Schutz von Risikogruppen und praktikable Hygienemaßnahmen
Stockende Auszahlung Auszahlungshöhe nicht ausreichend	SOFORTHILFE CORONA	Schnelle und unbürokratische Auszahlung Zusätzliche Förderungen für stark betroffene Branchen (z. B. Gastronomie)
Shutdown (Schaden für Bayerns Wirtschaft 14 Mrd. Euro pro Woche) Massive wirtschaftliche Schädigung bayerischer Unternehmen und Selbstständiger Starker Anstieg von Arbeitslosen und Kurzarbeitern	MASSNAHMEN ZUR EINDÄMMUNG DES CORONA-VIRUS	Krisenmanagement nach „schwedischem Modell“ ohne Einschränkung der Wirtschaft und unter größtmöglichem Schutz von Risikogruppen
Jahrelange Versäumnisse der Staatsregierung Vernachlässigung bayerischer Standortfaktoren (z. B. Energiekosten) Abwanderung wichtiger Unternehmen / Produzenten	WIRTSCHAFTS-STANDORT BAYERN	Renationalisierung statt Globalisierung Sicherstellung wichtiger Produktionen und Erhöhung der Lagerkapazitäten im Inland Aussetzung von EEG und Stromsteuer Senkung der Energiesteuer
Kurzfristige und langsame Öffnungsschritte Keine Planungssicherheit	TOURISMUS	Tourismusoffensive Langfristige Öffnungsperspektiven Praktikables Schutzkonzept
Erneute Einschränkung der Lockerungen jederzeit möglich Keine langfristige Perspektive Bayerischer Sonderweg zum Schaden der Bevölkerung und Wirtschaft	LOCKERUNG DER MASSNAHMEN	Schnelle und umfassende Öffnung der Wirtschaft Aufhebung der Kontaktbeschränkungen Beendigung der Grundrechtseinschränkungen
Finanzielle Hilfen zu niedrig Maßnahmen nicht ausreichend	HILFSSMASSNAHMEN	Auswahl zusätzlicher Maßnahmen Kurzarbeitergeld für geringfügig Beschäftigte Abschaffung der Bonpflicht Aufschiebung der Nachrüstungspflicht für Registrierkassen Aussetzung von Bürokratieauflagen Verzicht auf Steuerprüfungen für das Jahr 2020 Zusätzliche finanzielle Hilfen für besonders stark betroffene Branchen, Unternehmen und Arbeitnehmer



Wie viel Freistaat bleibt nach Corona? Der Maulkorberlass

Der Maulkorberlass – bzw. die Maskenpflicht – war wohl ein Test der Regierung, was sie dem Volk künftig noch zumuten kann. **Im Windschatten von Corona hat sie unglaubliche Zwangsmaßnahmen durchgeführt.** Kitas und Schulen wurden geschlossen, obwohl Kinder nicht gefährdet sind. Durch Kontaktverbote drohen ihnen psychosoziale Schäden, wie der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Thomas Fischbach, dargelegt hat. Dennoch kündigte Bildungsministerin Anja Karliczek an, dass es normalen Unterricht erst wieder geben werde, wenn ein Großteil der Bevölkerung geimpft sei. Alte Menschen müssen den Rest ihres Lebens in Einzelhaft verbringen. Die Bürger wurden entrechtet und ihrer Freiheit beraubt.

sollen die Bürger zwangsgeimpft werden. Das Röntgen von Handknochen bei Asylbetrgern zur Altersfeststellung gilt als Körperverletzung. Aber eine Impfung, die den finanziellen Interessen der Pharmakonzerne dient, sollen wir akzeptieren! Einige Virologen, die uns zu ihren Versuchskaninchen machen wollen, empfehlen der Politik unsere Entrechtung, während namhafte Experten nicht gehört werden. Letzteren wirft man vor, 'Verschwörungstheorien zu verbreiten. Und dieselben Politiker, die zunächst alles versäumt haben, um die Bevölkerung zu schützen, tun jetzt so, als ob sie sich um unsere Gesundheit sorgen würden. Noch im Februar ließ die Bundesregierung Passagiere aus Asien ebenso wie Migranten aus dem Nahen Osten, einreisen. Hätte sie damals Vorsorge getroffen, wäre der Lockdown vermeidbar gewesen.

Gesundheitspässe könnten bald über die Gewährung von Grundrechten entscheiden; ebenso die von dem Bundestagsabgeordneten Hansjörg Durz (CSU) angedrohte Corona-App. Und nach den Vorstellungen von Söder und dem grünen Exkommunisten Kretschmann

Aber anstatt jetzt unsere Freiheit wiederherzustellen, bringt die Regierung die Polizei gegen Bürger in Stellung, die friedlich für ihre Grundrechte eintreten.

Wir wollen unser freies Leben zurück!

Das Ende der Fahnenstange ist nicht erreicht 750 Milliarden für die EU

500 Mrd. Euro waren Merkels Steilvorlage, nun will von der Leyen gar 750 Mrd. Euro in das Tor bringen.

Ganz sicher ist der Deal noch nicht: Alle 27 EU-Staaten müssen dem Plan zustimmen, der mit dem „Mehrjährigen Finanzrahmen“ (MFR) der EU verknüpft ist. In Deutschland muss die Ratifizierung durch den Bundestag erfolgen.

Damit zeigen beide größtmögliche Verachtung gegenüber dem deutschen Volk. Das passende Framing für diesen Schuldenwahnsinn wurde mit dem Namen „Next Generation EU“ bereits gesetzt. Der geldgierige Sozialist Macron, der Staatschulden-Duce Conte sowie der Rest der Beutegemeinschaft der Mittelmeerstaaten erhalten 500 Mrd. Euro Zuschüsse (deutsche Bürger tragen etwa 135 Mrd. Euro dazu bei) und 250 Mrd. Euro an weiteren Darlehen (Deutschland haftet für nochmals ca. 68 Mrd. Euro). Die ausgekugelten Stützen, die angeblich der Bewältigung der Corona-Krise dienen sollen, werden durch die intransparente EU-Mühle gedreht und dienen dann dem Zweck, die notleidenden Haushalte zu beatmen. Zugleich nehmen sie deutschen Steuerzahlern die Luft – welche Schande!

Selbstverständlich wird auf die Abgeordneten der eurokratischen Altparteien ein enormer Druck ausgeübt. Schließlich geht es ja „um Europa“. Aber in den Wahlkreisen müssen die Volksvertreter Rede und Antwort stehen, warum deutschen Bürgern Steuererleichterungen und Finanzhilfen vorenthalten werden, während man Milliardensummen ins Ausland verschiebt. Das Durchschnittsvermögen der Italiener beispielsweise ist zweieinhalbmal so hoch wie das der Deutschen, und doch hat Italien kürzlich erst Kreditzusagen in Höhe von 540 Mrd. Euro erhalten. Hinzu sollen jetzt weitere immense Beträge als Zuschüsse kommen, die von den Mitgliedstaaten bezahlt werden müssen, vor allem von Deutschland.

